

Lasst Luca lehren!

Eine Geschichte von neuen Berufsverboten?



Derzeit läuft ein besonders brisantes Verfahren gegen einen hessischen Lehrer, der auch GEW-Mitglied ist. Er soll im Zuge einer 1.-Mai-Demonstration einen Rauchtropf in Richtung eines Polizisten gekickt haben, weshalb er in erster Instanz für schuldig befunden wurde. Damit einhergehend droht ihm ein Verbot zur Ausführung des Lehrberufs. Das Ergebnis kann jedoch in den nächsten Monaten noch schlechter ausfallen, denn die Staatsanwaltschaft ging in Revision. Unsere Solidarität mit Luca könnte den Unterschied machen.

Die Geschichte von Berufsverboten in der Bundesrepublik für politisch engagierte Lehrkräfte ist lang und voller dunkler Kapitel. Tausenden Bewerber*innen auf Referendariat und Lehrberuf wurde seit den 1970er-Jahren der Weg in den Beruf verbaut. Ihr »Verbrechen«: Sie setzten sich öffentlich z. B. als Sozialist*in, Kommunist*in oder Friedensaktivist*in für die Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse ein. Der deutsche Staat und sein Kampf gegen die gesellschaftliche Linke nicht nur im Klassenzimmer »feierte« letztes Jahr sein unrühmliches 50-jähriges Jubiläum. Ein Jahr später wird ihm ein neues Kapitel hinzugefügt.

Luca S., 27 Jahre alt, ist aktives GEW-Mitglied. Er macht seine Ausbildung zur

Haupt- und Realschullehrkraft und sollte diesen November eigentlich sein Referendariat antreten. Doch dann entschied sich die Staatsanwaltschaft Hessen, ihn anzuklagen. Sein »Verbrechen«? In einem Demozug am Tag der Arbeit 2021 in Frankfurt wurden Nebelkerzen gezündet, woraufhin die Einsatzkräfte mit Schlagstöcken und Wasserwerfern gegen die Demonstrant*innen vorgehen. Während mehrere Verletzte am Boden lagen, entfernte Luca die Rauchtöpfe in der Nähe der Personen, die Notfallmedizinische Versorgung benötigten, indem er sie hinter sich schnippte. Einer davon soll einen Polizisten getroffen haben, doch die Aussagen des Betroffenen widersprechen sich sehr: Von einem Treffer an der Schulter, dann in der Kniegelenkregion, schließlich von gar keiner Erinnerung an irgendeinen Treffer ist nun die Rede. Was feststeht: Die Anklage ließ sich weder mithilfe des Videomaterials der Einsatzkräfte stützen, noch ließ sich eine Verletzung bei dem angeblich Betroffenen feststellen, auch zu einem Dienstausschluss kam es nicht.

Erstes Urteil und Initiative dagegen

Trotz alledem kam die zuständige Kammer im Mai 2023 zu dem noch nicht rechtskräftigen Urteil, das Luca S.

nicht nur ca. 5.000 Euro abverlangt, sondern dem Staat auch eine Begründung liefert, ihm als potenziell vorbestrafter Person eine Aufnahme in den Vorbereitungsdienst bzw. das Referendariat zu verwehren. Allerdings hat die Einstellungskommission der für Einstellungen zuständigen hessischen Behörde in dieser Frage einen Ermessensspielraum (hessisches Lehrkräftebildungsgesetz, § 36 Abs. 3). Von einem drohenden »Ausbildungsverbot« sprach auch der Vorsitzende der GEW Hessen Thilo Hartmann. Die Initiator*innen des Solidaritätskomitees »Lasst Luca Lehren« sowie weitere Prozessbeobachter*innen analysierten das Verhalten der Staatsanwaltschaft als klar »politisch motiviert«.

Bisher sammelte die Initiative über 4.000 Unterschriften, wobei die Unterzeichnenden einen Freispruch für den Gewerkschafter fordern. Getragen wird die Petition auch von jenen, welche in den 1970ern bereits politischer Verfolgung durch den deutschen Staat ausgesetzt waren, wie Silvia Gingold.

Repressionen nehmen zu

Auch heute sehen wir ein massives Interesse von polizeilicher Seite, unbequemen politischen Protest auf das Schärfste zu verfolgen. Beispielhaft

seien hier die umfassende Repression gegen Klimaaktivist*innen oder das wissenschaftlich feststellbare, zunehmend eskalierende Verhalten der Polizei rund um politische Großveranstaltungen angeführt.¹ Es entsteht der Eindruck, dass das Klima rauer wird, und der Gedanke drängt sich auf, dass Luca ein Opfer dieser neuen Dimension politischer Repression ist.

Doch das Ende der Geschichte ist aktuell noch offen. Die Staatsanwaltschaft, im Versuch eine deutlich härtere Strafe für Luca zu erzielen, legte Revision ein. Ein erster Verhandlungstag, welcher für September 2023 angesetzt war, wurde

spontan auf den Januar 2024 verlegt. Ob dies mit dem öffentlichen Interesse an der Sache und dem breiten Solidaritätsbekundungen für den Angeklagten zu tun hat, ist nicht zu klären. Klar ist allerdings: Die politische Repression gegen linke Aktivist*innen ist eine Repression gegen uns alle und wir alle sind angehalten, diesem staatlichen Handeln geent zu begegnen. Wir können dieses Ereignis zu einer Geschichte des Zusammenhalts und der Solidarität umschreiben: Die Petition **»Luca muss Lehrer bleiben! Solidarität mit Luca – Gegen Berufsverbote!«** auf change.org sucht ständig neue Unterzeichner*innen, auch sind

weitere Kundgebungen im Zeichen der Solidarität mit Luca geplant.

Im Angesicht von Repression und Verfolgung hilft nur Solidarität!

von Manuel Bühlmaier

Mitglied der GEW-Studis
Augsburg
Mitglied des
Bezirksvorstandes der
GEW Schwaben



1 Vgl. Laila Abdul-Rahman, Hannah Espín Grau, Luise Klaus, Tobias Singelstein: Gewalt im Amt. Übermäßige polizeiliche Gewaltanwendung und ihre Aufarbeitung. Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2023. Kostenloser Download: campus.de